



Gegründet

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.
Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelssteiles): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein 8, Mornplatz 11 808 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

1703

Neue Resultate aus Berlin und dem Reiche.

Die kommende Parteigruppierung

Ehe das abschließende Ergebnis der gestrigen Wahlen vorliegt, ist es kaum möglich, sich eine genaue Vorstellung von der Zusammensetzung der verfassunggebenden Körperschaft Deutschlands zu machen. Das Wesen der Verhältniswahl erschwert es, aus Teilergebnissen sichere Schlüsse zu ziehen, wie es bei der Einzelwahl bis zu einem gewissen Grade möglich gewesen ist. Ganz ausgeschlossen ist es, schon jetzt einen Vergleich mit den Ergebnissen der früheren Reichstagswahlen anzustellen, da die rein ziffernmäßigen Resultate in ihrer Wirkung nicht nur durch den Proportz, sondern auch durch die neue Wahlkreiseinteilung modifiziert werden.

Man kann bisher nur einige besonders interessante Erscheinungen feststellen, die wohl für die Gestaltung der Nationalversammlung kennzeichnend sein werden. Es war von vornherein anzunehmen, daß eine Wahl, die im Zeichen der Revolution stand und durch die Heranziehung der Jugendlichen starke radikale Tendenzen erhielt, ein erhebliches Anwachsen der Sozialdemokratie zur Folge haben müsste. Von dieser Voraussetzung betrachtet, erfüllen die bisherigen Ergebnisse die sozialdemokratischen Erwartungen keineswegs. Man darf schon jetzt mit Sicherheit aussprechen, daß die Nationalversammlung eine nach dem bisherigen Sprachgebrauch „bürgerliche“ Mehrheit haben wird. Ohne das Gebiet der Vermutungen zu betreten, kann man sagen, daß die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum die wichtigsten Fraktionen bürgerlicher Richtung sein werden. Es ist bezeichnend, daß beispielsweise in Sachsen die bürgerlichen Parteien bisher ihre Positionen im allgemeinen nicht nur behauptet, sondern verbessert haben; daß der Rückgang der Zentrumssitze in Bayern und in Rheinland-Westfalen sehr gering ist; daß in Berlin, wo erst kaum die Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählt werden konnte, vorläufig etwa 2/3 der Stimmen auf die bürgerlichen Parteien entfallen.

Sieht man nun vom Zentrum ab, das, wie gesagt, im allgemeinen seinen Bestand behauptet haben dürfte, und dessen Mandatszahl nur durch die geringere Wahlkreiseinteilung verkürzt werden wird, so marschiert an der Spitze der bürgerlichen Parteien die Deutsche Demokratie. Ihr Erfolg wird um so höher zu bewerten sein, als sie im Gegenjahr zu den überwältigenden Parteien in den meisten Wahlkreisen auf jedes Wahlpromiß, auf jede Listenverbindung verzichtet und im Vertrauen auf ihre Sache trotz ihrer jugendlichen Organisation allein den Wahlkampf gegen rechts und links aufgenommen hat. Die Gefahr war keineswegs zu unterschätzen. Es war von vornherein anzunehmen, daß das Verhältniswahlsystem, das der bisher mandatlosen Minderheit neue Möglichkeiten eröffnet, den Wahlkampf gerade in den Großstädten erschweren würde. Tatsächlich haben die weiter rechts stehenden Parteien, insbesondere die (konservative) Deutschnationale Volkspartei ziffernmäßig in verschiedenen Gegenden anerkennenswerte Erfolge erzielt. Dafür hat nicht nur ihre äußerst vielseitige Aktion, sondern auch die Listenverbindung zwischen diesen Parteien, besonders zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei, den Ausschlag gegeben. Die Deutsche Volkspartei hat ihre großen Geldmittel und ihren Apparat zu größtem Teil allerdings mit ungewollter Schilligkeit angewendet. Sie wird kaum viel Freude an dem endgültigen Wahlresultat haben; es ist anzunehmen, daß sie in der Praxis hauptsächlich für die Konservativen gearbeitet hat. Das Zunehmen der konservativen Stimmen in verschiedenen Großstädten gesättigt aber noch keine Schlüsse auf den Erfolg dieser Partei. Vor allem ist als Gegengewicht zu vermerken, daß diejenigen Deutschnationalen in ihren angestammten Gegenden, vor allem in den ländlichen Gebieten von Ostpreußen usw., erhebliche Verluste erlitten haben, deren Tragweite wiederum durch die geänderte Wahlkreiseinteilung verschärft wird.

Diese ländlichen Gebiete im Nordosten des Reiches liefern den Mehrheitssozialisten einen wichtigen Zugang an Stimmen. Daneben haben sie natürlich im ganzen Reiche, besonders in den mittleren und kleineren Städten einen Stimmenzuwachs erhalten. Die Großstädte und die Industriebezirke, die schon vorher ihre eigentliche Domänen gewesen sind, haben sie, soweit bisher zu übersehen ist, bei weitem nicht in der Stärke erobert, wie man noch vor zwei Monaten mit Sicherheit annehmen konnte. Die Nichtigkeit der an dieser Stelle behaupteten Tatsachen, daß die Sozialdemokraten durch die Verzögerung der Nationalversammlung sich selbst sehr erheblich geschadet haben, darf jetzt als erwiesen bezeichnet werden. Ihre Verteidigung ist

ihnen nicht nur nach rechts, sondern auch nach links hin anscheinend schwerer geworden.

Wenn man nun aus diesen Vermutungen überhaupt schon Schlüsse ziehen will, so läßt sich das eine sagen, daß die Mehrheitssozialisten als die relativ starke Partei der Nationalversammlung doch nicht in der Lage sein werden, ihren eigenen Willen ohne Hilfe, also ohne Kompromisse, durchzuführen. Es läßt sich ebenfalls sagen, daß eine rein bürgerliche Regierung und Geschäftsführung auch schwer möglich sein wird, und zwar sowohl gegenüber der gewaltigen sozialistischen Opposition wie auch in Abrede der politischen Ungleichmäßigkeit, unter der

Zerlegung Preußens in acht Republiken.

Schaffung einer Republik Berlin.

Der Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich, der wahrscheinlich noch im Laufe des Tages zur Veröffentlichung gelangt, sieht keinen Vizepräsidenten vor. Der Präsident soll auf zehn Jahre in direkter Wahl vom Volke gewählt werden.

Preußen wird zerstagen. An der Spitze der Bundesrepubliken, in die es zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und Landkreise Groß-Berlins.

Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg, eine Republik Schlesien, die auch die Provinz Posen, die Sudetensänder und Oberschömmen umfaßt, die Republik Brandenburg, umfassend die Provinz Brandenburg ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg. Dann Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig. Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Phrymont. Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen. Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Birkenfeld.

Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Großthüringen kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Deutschland sollen entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat Sachsen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Oesterreich konstruiert werden.

ein bürgerlicher Block zu leiden haben würde. Man muß sich heute darüber machen, daß die Deutschnationale Partei von den Deutschnationalen wohl mindestens ebenso weit entfernt sein wird, wie von den Sozialdemokraten, in der Praxis wohl aber viel weiter. Die voraussichtliche Zusammensetzung der Nationalversammlung wird es bei vernünftiger Überlegung einfach unmöglich machen, das alte tremende Schlüsselwort: „Sie bürgerlich, Sie sozialdemokratisch“ in die praktische Politik wieder einzunehmen.

Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall wird der Deutschen Demokratischen Partei im neuen Haie eine entscheidende Rolle zufallen. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, den richtigen Kurs zu finden und anzugeben, durch den zwischen den theoretischen Forderungen der Linken und den praktischen Bedürfnissen der Rechten ein gedeihlicher Ausgleich gefunden werden soll. Es wird sich zeigen müssen, ob die Deutsche Demokratische Partei die geeigneten Vertreter in die Nationalversammlung entsendet hat. Männer, die stark, klug und modern genug sind, um Pfadfinder auf dem neuen Wege zu werden.

Aidor reist nach Paris.

* Berlin, 19. Januar.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ erfährt: Der Schweizer Bundespräsident Aidor reist am Montag nach Paris zum Besuch der Auslandreise des Bundespräsidenten ein Forum vorstellt.

3. Wahlkreis (Stadt Berlin).

Ein auch nur annähernd zuverlässiges Wahlergebnis ist bisher noch nicht ermittelt worden. Von den bisher gezählten 419 218 Stimmen, die etwa zwei Fünftel der Gesamtzahl ausmachen, erhielten die Mehrheitssozialisten 153 101, Unabhängige 103 365, Deutsche Volkspartei 17 852, Deutschnationale 62 421, Zentrum 17 589. Einen Schluss auf das Endergebnis lassen diese Ziffern nicht zu. Worauf sie typisch, so würden erhalten: Soz. 5, Unabh. 4, Dem. 2, Rechtsblock 3.

In den inneren Wahlbezirken sind bisher gezählt: Demokraten 44 187, Mehrheitssozialisten 75 897, Unabhängige 30 476, Deutsche Volkspartei 12 790, Deutschnationale 23 374, Zentrum 11 981. Im Stralauer Bezirk, mit Ausnahme eines Lokals, in dem die Wahlurne wegen angeblicher Unruhen versiegelt wurde: Demokraten 6008, Mehrheitssozialisten 11 807, Unabhängige 6449, Deutsche Volkspartei 1068, Deutschnationale 2029, Zentrum 1372. Im Borsig-Witzel (Bezirk Friedrichshain): Demokraten 9049, Mehrheitssozialisten 20 717, Unabhängige 13 836, Deutsche Volkspartei 2764, Deutschnationale 3879, Zentrum 20101. Im Bezirk Wedding: Demokraten 8596, Mehrheitssozialisten 20 646, Unabhängige 39 852, Deutsche Volkspartei 2469, Deutschnationale 5101, Zentrum 3035.

Eine Wollmeldeung besagt: Die Feststellung des Wahlresultats in Berlin wird eine erhebliche Verzögerung erfahren, da von verschiedenen Seiten, besonders von den Unabhängigen, Proteste gegen die Mehrheitssozialisten erhoben werden sind. Diese haben vielfach Stimmzettel abgegeben, welche am Kopf die Worte tragen: „Liste der sozialdemokratischen Partei“, was die Protestier nicht für zulässig halten. Die Mehrheitssozialisten wiederum erklären, daß diese Abschrift wohl zulässig und in anderen Bundesstaaten sogar Vorschrift sei. Ferner ist vielleicht für die Stimmzettel gelbes statt weißes Papier benutzt worden. Die Wahlvorsteher sind jetzt dabei, die weißen von den gelben Stimmzetteln zu scheiden und sie gesondert zu zählen. Dabei werden sich neue Schwierigkeiten ergeben, da man über die Farbenstotterungen verschiedener Ansicht sein wird. Die endgültige Entscheidung über Gültigkeit oder Ungültigkeit der betreffenden Stimmzettel dürfte erst der Wahlprüfungskommission der Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Der Protest der Unabhängigen Sozialdemokraten, der nach der vorliegenden Meldung mit dem Ausdruck der mehrheitssozialdemokratischen Stimmzettel begründet wird, erscheint jedoch als völlig unhalbar. Die Unabhängigen glauben darin einen nach § 42 Ziffer 3 verbotene „Kenntzeichnung“ des Stimmzettels sehen zu können. Offensichtlich soll aber mit der möglichen Bestimmung der Wahlordnung verhindert werden ein solches Kennzeichen des einzelnen Stimmzettels, das die vorgeschriebene Geheimhaltung der Wahl verletzt. Die Zettel sollen außerdem nicht so knapp gemacht werden, daß ein anderer, insbesondere der Wahlvorstand, zu erkennen vermögt, wem der Wähler seine Stimme gegeben hat.

Ebenso wenig Glück dürfte der Proze haben, der sich auf die nicht ganz weiße Farbe des Papiers stützt. Auch hier spricht die bisherige Praxis für die Gültigkeit. Sie hat leicht getöntes bläuliches und gelbliches Papier zugelassen, um so mehr muß dies in heutiger Zeit gelten, wo die Herstellung von weißem Papier immer schwieriger und teurer wird.

5. Wahlkreis (Reichstagswahlkreis Potsdam 10).

(Teltow-Pieskow-Störlow-Charlottenburg-Schöneberg-Wilmersdorf-Reußenwalde).

Abgeordnete.

Charlottenburg: Ergebnis aus 101 von 146 Stimmabgäben. Dem. 29 987, Soz. 36 265, U. Soz. 19 658, Rat. (D. Sp.) 19 998, D. Nat. 17 535, Str. 5424.

Wilmersdorf: Dem. 24 670, Soz. 26 017, U. Soz. 4883, D. Sp. 14 797, D. Nat. 18 515, Str. 4189.

Schöneberg (bis 2 Uhr) Dem. 16 879, Soz. 25 703, U. Soz. 6084, D. Sp. 6510, D. Nat. 9840, Str. 3867.

Neuendorf Dem. 19 003, Soz. 67 587, U. Soz. 49 519, D. Sp. 3724, D. Nat. 8176, Str. 430.

Tempelhof Dem. 4536, Soz. 7777, U. Soz. 2826, D. Sp. 2844, D. Nat. 1769, Str. 1770.

Neukölln Dem. 998, Soz. 427, U. Soz. 50, D. Sp. 400, D. Nat. 400, Str. 171.